

## Von Geldsäcken und Dreckssäcken

Folgt man dem Bericht im TV vom 11.05.12 „Land muss sparen, Stadt muss zahlen“, dann wird man den Eindruck nicht los, entweder von „Geldsäcken“ träumen zu dürfen oder von „Dreckssäcken“ schreiben zu müssen. Locker werden in dem Artikel Alternativen aufgezeigt und aufgewogen, die allemal auf einem kontradiktorischen Urteil beruhen: So benötige das Friedrich-Wilhelm-Gymnasium (FWG) „dringend“ eine Feuerfluchttreppe, während das Max-Planck-Gymnasium (MPG) neue Fenster brauche (ebenso dringend, wie hier ergänzt werden soll). Demnach könnte das finanzielle Urteil lauten: ENTWEDER die Treppe für das FWG ODER die Fenster für das MPG. Beides geht aber nicht, so Frau Kaes-Torchinani, die Baudezernentin von Trier. Doch nicht einmal das stimmt. Eigentlich geht keines von beiden, denn es ist kein Geld da: Weder in Mainz beim Land, noch in Trier bei der Stadt. Wo also liegen die „Geldsäcke“? – Keine Ahnung! – Wohl aber lassen sich die anderen „Säcke“ verorten. Die stehen genau da, wo politische Verantwortung „persönlich“ übernommen werden muss (- wenn es das je überhaupt einmal gegeben hat?). Somit darf man den Blick durchaus in Richtung ADD wenden. Diese erdreistete sich unlängst, den Trierer Haushalt 2012 mit „üblen“ Auflagen zu belegen, bevor er denn abschließend genehmigt werden würde. Zwei Millionen Euro zusätzliche Einsparungen bei den so genannten „freiwilligen“ Ausgaben, die die Stadt beispielweise für den Erhalt von Schwimmbädern oder Bibliotheken aufwenden muss, sollen eingespart werden ODER (hier wieder mal kontradiktorisch verstanden!) durch satte Preiserhöhungen bei den genannten Einrichtungen selbst erwirtschaftet werden. Mit anderen Worten: Die Eintrittspreise für Schwimmbäder und Bibliotheken in Trier müssen erhöht werden, obwohl sie erst im letzten Jahr aufgrund der gleichen Argumentation der ADD erhöht worden sind! Folgt man diesem Denken der ADD, läuft das zu der Einsicht hinaus, man könne auf diese städtischen Einrichtungen auch ganz verzichten, denn sie sind ja schließlich rein freiwillige Dienstleistungen der Stadt an ihre Bürger/innen. „Lebensqualität“ war noch nie ein Thema von Behörden, wie man in Trier-Kürenz seit über zehn Jahren im wortwörtlichsten Sinne zu „hören“ bekommt (vgl. den Artikel: Besuchen Sie Kürenz, solange es noch rauscht!). Einzig Die Linke empörte sich gegen diese neuen Auflagen der ADD zu Recht, indem sie diese immerhin noch lieblich als „unverschämt“ bezeichnete (vgl. TV).

Aber an dieser Stelle läge auch eine Lösung: Die ADD verzichtet unverzüglich auf die haushaltstechnischen Daumenschrauben, was für die Stadt Trier bedeuten würde, sie müsste nicht noch zusätzliche zwei Millionen Euro Einsparungen auf den Weg (nach Mainz) bringen, sondern sie könnte diese auf dem Papier „erlassen“ zwei Millionen Euro in die neu geforderten Brandschutzaufgaben stecken, die die ADD im Auftrag der Landesregierung von der Stadt Trier nun abverlangt. Damit könnten locker sowohl die Ausgaben in Höhe von ca. 700.000 Euro für die Treppe im FWG als auch locker die Fenster im MPG bezahlt werden (und noch einiges mehr in diversen Kitas in Trier)! Investition statt Dummsparen heißt die Devise!

Allerdings: So wird es wohl nicht laufen! Und: Woran liegt das denn? – Nun: Es liegt an den „Verantwortlichen“! Denn „Die“ übernehmen keine politische Verantwortung, sondern schieben diese an die nächst untergeordnete Behörde weiter: Das Land auf die Stadt, und die ADD auf die Kommunalpolitiker der Stadt, d.h. also in letzter Konsequenz auf den OB. - Nun gut! Warum sollte man hier Mitleid haben, wenn sich andererseits „die Ministerin“ in einem schönen „Imagegewinn“ (TV, ebd.) zu Sonnen beginnt, weil die Landesregierung immer mehr schöne Zusagen für verpflichtende Betreuungsangebote in Kitas für Kleinkinder macht? Diese Angebote müssen aber ebenso von der Stadt umgesetzt und bezahlt werden, ohne entsprechendes Geld da zu haben? – „Säcke“ voller „Dreck“ bzw. „voller Finanz-Probleme“ helfen hier nicht weiter. Es müssen schon die

„Geldsäcke“ bei den Kommunen ankommen. Hier bedarf es eines schon länger von allen Fraktionen immer wieder angemahnten Finanzausgleiches zu Gunsten der Kommunen sowie einer ausnahmslosen Anwendung des Konnexitätsprinzips.

Andererseits müssen auch die politischen Kalküle neu durchgedacht werden. So geht es beispielsweise nicht an, dass Frau Kaes-Torchiani über den Volksfreund medial vermittelt die Pistole auf die Brust der Eltern und/oder des Stadtrates setzt, indem sie logische Kontradiktionen anführt, nach dem Motto: Entweder laufen die einen Sturm ODER es laufen die anderen Sturm, je nachdem wo die Gelder investiert werden: ENTWEDER am FWG ODER am MPG, vorausgesetzt die Stadt muss alleine zahlen.

Ehrlich gesagt: Diese Pseudo-Alternativ-Politik geht mir mittlerweile auf gut deutsch gesagt „am Arsch vorbei“! Dies sind nichts anderes als Erpressungen von Seiten der Verwaltung in Zeiten der selbstverschuldeten Finanznot: ENTWEDER von Seiten des Landes ODER von Seiten der Stadt! In jedem Falle aber so, dass auf lange Zeit nichts mehr geht in Trier – und anderswo.

In den achtziger Jahren lasen Gott und die Welt den Psychologen Gregory Bateson, der eine Pathologie der Kommunikationsstruktur aufgedeckt hatte, die er „doublebinde“ nannte. Hierbei handelt es sich um eine Kommunikationsstruktur, bei der widersprüchliche Nachrichten gleichzeitig übermittelt werden. Man könnte auch sagen: Mit einem lächelndem Gesicht werden übelste Absichten freundlich gegenüber einem anderen konstatiert. Diese Art der Kommunikation ist krankmachend. Sie treibt ihre Opfer letztlich in die Schizophrenie. - Nichts anderes passiert derzeit kommunalpolitisch in Trier: Auf der einen Seite setzt das Land das Konnexitätsprinzip so dir nichts mir nichts – aber immer kontinuierlich – aus, indem es freundlich lächelnd darauf besteht, dass gewisse Landesvorgaben von der Stadt verpflichtend umgesetzt werden. Und auf der anderen Seite weiß die gleiche Landesregierung, dass die Stadt überhaupt keine Mittel zur Verfügung hat, diese Landesvorgaben – ohne Neuverschuldungen – umzusetzen. Gleichzeitig kassiert die ADD zudem den vom Stadtrat beschlossenen Haushalt, der dem landeseigenen Entschuldungsfonds immerhin schon mit ca. fünf Millionen Euro Einsparungen allein in diesem Jahr Rechnung trägt, ein, um wiederum gleichzeitig die Daumenschrauben anzuziehen mit der Sonderaufgabe, weitere zwei Millionen Euro an so genannten freiwilligen Leistungen, die die Stadt Trier für ihre Bürger/innen übernommen hat, zusätzlich darüber hinaus einzusparen. – Wer dann noch mit diesen unsäglichen – aber keineswegs unsinnigen - Brandschutzauflagen in die Stadt kommt, deren Kostenhöhe er selbst festgelegt hat, der muss sich wohl sagen lassen, hier ein Dilemma aufzubauen, das finanziell nicht nur nicht zu bewältigen ist, sondern zudem auch eindeutig pathologischen Formen bzw. Strukturen entspricht.

Nichts desto trotz geht es auch nicht an, dieses „Getrete von Oben nach Unten“ an die Bürgerinnen und Bürger eins zu eins weiterzugeben, wie Frau Kaes-Torchiani dies derzeit mit ihren wohl kalkulierten Kontradiktionen tut: Entweder die Treppe ODER die Fenster (Siehe oben). Beides nicht!

Wer aber diese oben aufgezeigten pathologischen Strukturen leidlich durchschaut hat, dem ist vieles sehr egal (!), bevor er sich in krankmachenden Strukturen überhaupt noch politisch engagieren möchte, wollte oder können sollte. – Die Alternative hieße: Ansonsten müsste man sehr böse Denken von der Politik im Allgemeinen, von den Verantwortlichen im Land im Besonderen und nicht weniger schlimm von denen, die in den Kommunen Verantwortung tragen - oder sonst noch wo!

Ganz im Sinne der Schlappen: Eine Schlappe für die Schlappen!